

Griechenlandkrise

Gefangen in der Eurozone

Ein Debattenbeitrag von Wolfgang Streeck

Die Ursache der Eskalation in der Griechenlandkrise ist nicht Merkels oder Tsipras' Mangel an europäischem Geist - es ist die Fehlkonstruktion der gemeinsamen Währung, die sie nicht anders handeln lässt.

Es gibt noch Fortschritt in Europa. Als der damalige griechische Ministerpräsident **Georgios Papandreou** 2011 ein Referendum über die Austeritätswünsche seiner europäischen Kollegen abhalten wollte, wurde er von diesen kurzerhand abgesetzt.

Als Nachfolger entsandten Brüssel und Berlin einen gewissen **Loukas Papademos**, Vertrauensmann der internationalen Finanzindustrie, der Anfang der Nullerjahre als griechischer Zentralbankchef mithalf, sein Land mit Hilfe von **Goldman Sachs** Euro-würdig zu rechnen. So etwas ging diesmal nicht - dank eben jener Restbestände nationaler Demokratie, die die deutschen Europhilen zugunsten einer zukünftigen "europäischen Demokratie" suspendieren wollen.

Niemand kann sagen, wie es nach dem **überwältigenden "Nein" des griechischen Volkes** im Einzelnen weitergehen wird. Dazu ist die Lage zu turbulent: Zu vieles ist gleichzeitig in Bewegung, die Kausalzusammenhänge sind aufgeweicht und unerprobt, Vorhersagen sind nur noch Ratespiele. Was man immerhin weiß, ist, dass die ganze unsägliche Einschüchterungskampagne nichts genutzt hat, nicht einmal der laufend erteilte gute Ja-Rat der deutschen Einheitspresse, die so viel besser wusste und weiß, was gut ist für **Griechenland**, als die gewählte griechische Regierung. Und gezeigt hat sich auch, dass man in Südeuropa mit **Merkel-** und **Schäuble-**Plakaten nicht nur Wahlen gewinnen kann, sondern auch Volksabstimmungen.

Die selbst ernannten "Europäer" im sicheren Norden haben die Verzweiflung der Griechen nach dem Scheitern des frivolen Experiments ihrer Auf- und Übernahme in die Währungsunion ebenso unterschätzt wie ihre Wut darüber, im eigenen Land zu Objekten von Brüsseler Geheimverhandlungen gemacht zu werden. Ob freilich die Brüsseler Profis aus ihrer Niederlage gegen die Athener Amateure etwas lernen werden, darf man bezweifeln. Eher werden sie versuchen, die versäumte vorbeugende Absetzung der griechischen Regierung doch noch nachzuholen.

Es wird richtig teuer

Auf kurze Sicht allerdings hat sich die Hoffnung in den vereinigten Hauptstädten zerschlagen, nach dem Referendum mit den langjährig bewährten griechischen Repräsentanten der "europäischen Idee", wie Samaras, Venizelos, Papandreou III, Karamanlis II und Konsorten, wieder *business as usual* betreiben zu können. Das heißt auf Deutsch: Es wird richtig teuer. Was den an den innereuropäischen Goldstandard gefesselten Griechen fünf Jahre lang geboten wurde, war zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel - und dass der Weg zur Erhaltung oder gar Erhöhung ihres Wohlstands über seinen auf unabsehbare Zeit weitergehenden Abbau führen soll, wollten die neoklassisch uneingeweihten Griechen partout nicht kapierten.

Da der deutschen Presse zufolge Leuten wie **Tsipras** alles zuzutrauen ist, einschließlich eines finanziellen Selbstmordattentats in Gestalt einer einseitig erklärten **Insolvenz**, werden Kröten im Akkord zu schlucken und Schulden ohne Ende zu erlassen sein - vielleicht als Zahlungsaufschub *ad calendas graecas*. Und im Vergleich zu dem Wachstums- und Stabilitätsprogramm, das nach der Niederlage im Nervenkrieg gegen **Syriza** als Reparation fällig werden wird, könnten sich die wenigen, ohnehin fiktiven **Juncker-**Milliarden sehr schnell als *peanuts* erweisen.

Syriza, noch immer die einzige nicht von der landesüblichen politischen **Korruption** befallene griechische Partei, wird nun mehr wollen und wollen müssen als den zum Zusammenhalt einer Brüssel-hörigen Klientelismus-Pyramide erforderlichen, von Halbjahr zu Halbjahr neu zu verhandelnden Minimalzuschuss. Man muss hoffen, dass sie sich davon nicht abbringen lässt und

damit das Gerede von der Währungsunion als Ausgeburt einer "europäischen Idee" mitsamt "europäischer Solidarität" als das erkennbar macht, was es ist: Gerede. Bleibt Syriza bei ihren Forderungen, dann könnte auf beiden Seiten ein fruchtbarer Lernprozess beginnen: in "Europa", insbesondere in Deutschland, könnte die Einsicht wachsen, dass eine Hartwährungsunion mit demokratisch organisierten Weichwährungsgesellschaften nur als eben jene auf Dauer gestellte Transferunion möglich ist, vor der uns die neoliberalen Eurogegner immer gewarnt haben; und in Griechenland würde klar werden, dass das, was in Brüssel und Berlin zu holen ist, auf Jahrzehnte - und das heißt praktisch: für immer - weit hinter dem zurückbleiben wird, was auch nur für die Restaurierung des Wohlstandsniveaus von vor der **Krise** gebraucht würde.

"Griechische Tragödie"

Überhaupt stehen der durch das Referendum im Amt gefestigten Syriza-Regierung schmerzliche Erfahrungen bevor. Die Brüsseler Profimannschaft wird wissen, wie sie sicherstellt, dass jeder, der wie Syriza in der EWU bleiben will, nach den dort geltenden neokapitalistischen Regeln zu spielen hat. Die werden nicht zuletzt von Regierungen bestimmt, die Angst vor ihren Wählern haben, vor allem vor denen, die sich zurzeit überall hinter aufsteigenden rechten Souveränitätsparteien neu organisieren. "Solidarität" über nationale Grenzen hinweg von Gesellschaften zu erwarten, die sich immer schwerer damit tun, Solidarität innerhalb ihrer Grenzen zu praktizieren - von fiskalisch konsolidierenden Hochleistungsgesellschaften, geprägt von einem sich ständig verschärfenden Rattenrennen um Geld und "Karriere" und mit wachsenden, vom Dauerwettbewerb aussortierten Unterschichten - ist, mit Talleyrand, schlimmer als eine Sünde: es ist ein Fehler. Und dasselbe gilt für die Vorstellung, so es diese denn tatsächlich gibt, dass Sozialismus in Griechenland auf eine umverteilende Zuteilung des Wohlstands der westeuropäischen Mittelschicht mittels nicht rückzahlbarer kapitalistischer Kredite gegründet werden könnte - zumal dieser Wohlstand dort, wo er einmal zu Hause war, zusehends abbröckelt.

Auch für Deutschland und seine Regierung wird es eng. Wenn die Griechen ihre neu gemischten Karten klug spielen, werden sich die Kosten der Währungsunion für die deutschen Steuerzahler endgültig nicht mehr verstecken lassen. Dass diese weiterhin bereit sein werden, die Marktzugangsgebühren für die deutsche Exportindustrie im Euroland und den Preis für den aberwitzig niedrigen Außenwert der in Deutschland geltenden Währung zu entrichten, ist alles andere als sicher; nicht jeder arbeitet schließlich beim Daimler. Zufälligerweise erschien am Tag des griechischen Referendums erstmals eine potenziell konkurrenzfähige rechtspopulistische Partei am deutschen innenpolitischen Horizont. Der Zeitpunkt, an dem die Koalition ihr und den Bürgern wird vorrechnen müssen, was ihre "europäische Idee" bisher gekostet hat und weiter kosten wird, könnte zur Sternstunde einer Partei werden, die die **CDU/CSU** auf das Stimmenniveau der **SPD** reduzieren könnte. "Populismus" als politische Perspektive, die die Welt in selbstbezügliche Eliten und von ihnen hinter das Licht geführte Massen einteilt, hat in der **Europäischen Union** beste Aussichten, den Wählern als plausibel zu erscheinen.

In der deutschen Innenpolitik haben in den letzten Monaten **Linke** und **Grüne** Merkel und Rechte Tsipras beschuldigt, es an "europäischem Geist" fehlen zu lassen. Dabei ist wohl nicht zufällig aus dem Blick geraten, dass das eigentliche Problem die Konstruktion der Währungsunion ist und bleiben wird, die nach dem Vorbild des Goldstandards Griechenland - und den Ländern des Mittelmeerraums insgesamt - die Möglichkeit einer flankierenden Unterstützung wirtschaftlicher Anpassung mittels Abwertung ihrer Währung verwehrt. Vor dem als Währungsunion errichteten "Gehäuse der Hörigkeit" (**Max Weber**) und den in ihm konstituierten Interessenlagen muss sich jede "Idee" immer wieder "blamieren" (**Karl Marx**). Auch **Gabriel** oder **Steinmeier** hätten als Bundeskanzler nicht anders gehandelt und handeln können als Merkel oder Schäuble, so sehr sie sich bis kurz vor dem griechischen Referendum aus Rücksicht auf eine von Habermas'scher Euro-Rhetorik wirtschaftsfern konfirmierte grün-rote Partial Klientel mit entsprechenden öffentlichen Bekenntnissen zurückgehalten haben. Ähnliches gilt, bei aller Exzentrik, für Tsipras und **Varoufakis**, die ja (noch?) nicht zum traditionellen von "Europa" ausgehaltenen klientelistischen Establishment ihres Landes gehören. Insoweit ist es durchaus kein Zeichen mangelnder literarischer Bildung, wenn ständig von einer "griechischen Tragödie" die Rede ist.

Tiefe, dauerhafte Spaltung Europas

Dass Syriza die Abstimmung gewonnen hat, sorgt vielleicht dafür, dass die strukturellen Probleme der Währungsunion nicht erneut durch "europäische" Rhetorik verkleistert werden. Solange es die Währungsunion gibt, wird selbst die Erhaltung des gegenwärtigen Abstands zwischen den reichen und armen Mitgliedstaaten, von der erhofften wirtschaftlichen Konvergenz zu schweigen, nur

durch wie immer deklarierte Ausgleichs-, Unterstützungs-, Hilfs- und sonstige Zahlungen überhaupt vorstellbar sein. Gewährt werden derartige Mittel in der realen Welt aber nur gegen Kontrolle, also verbunden mit tiefen Eingriffen von oben, in die staatliche Souveränität der Empfängerländer. Dabei ist abzusehen, dass diese die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel als unzulänglich und das im Gegenzug verlangte "Durchregieren" des Nordens in ihre inneren Angelegenheiten als exzessiv empfinden und die Geberländer umgekehrt sich zugleich materiell überfordert und politisch übervorteilt fühlen werden. Entlang dieser Linie wird sich die Innenpolitik der Währungsunion stabil nationalistisch polarisieren, unabhängig davon, ob und wie die griechischen Schulden in den nächsten Wochen gestrichen oder umverteilt werden - nicht nur, weil dann unvermeidlich auch die italienischen und spanischen Schulden zur Diskussion stehen werden (in **Spanien** nach einem dann sicheren Wahlsieg von Podemos), sondern vor allem angesichts der zu erwartenden weiteren Polarisierung der Einkommensverteilung innerhalb der Währungsunion.

Welche Ereignisse immer sich in den kommenden Wochen unvorhersehbar überschlagen werden, unter der turbulenten tagespolitischen Oberfläche lässt sich nach anderthalb Jahrzehnten Währungsunion schon jetzt ein ausgedehntes Trümmerfeld besichtigen, dessen Ausmaße es mit den Ruinen des mythischen Atlantis ohne weiteres aufnehmen können.

Was man dort sieht ist, erstens, eine tiefe und dauerhafte Spaltung Europas, außenpolitisch zwischen Nord und Süd und Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Währungsunion und EU, und nach innen zwischen den staatstragenden, von ihren Wählern zunehmend verlassenen Altparteien und den neuen, rechten wie linken, aber meist rechten "Populisten".

Zweitens, eine auf Jahrzehnte felsenfeste Blockade des vielbeschworenen Weges zu einer "immer engeren Union der Völker Europas": keine europäische Regierung wird es auf absehbare Zeit wagen, ihren Wählern eine weitere Abtretung von Souveränität an die Herren Juncker und **Schulz** zu empfehlen.

Und drittens zu besichtigen ist ein Scherbenhaufen der deutschen Nachkriegspolitik, die ja bekanntlich darin bestand, jeden Anschein zu vermeiden, dass Deutschland auch nur im Traum daran dächte, eine Hegemonialstellung in Europa zu beanspruchen. Deutschland, das die Währungsunion nicht gewollt hat, gilt als deren Folge heute als Zwingherr und Zuchtmeister der europäischen Völker. Die nicht zuletzt aus den USA herüberkommende Moralisierung der Makroökonomie - gerne aufgegriffen in den Kanzlerbeichtungen der deutschen Linken - hat die öffentliche Meinung in allen europäischen Ländern, auf die es ankommt, davon überzeugt, dass die Krise in Griechenland und anderswo nicht Teil der globalen Krise des ablaufenden Finanzkapitalismus ist, sondern auf den Unverstand oder den Sadismus, die schwäbische Hausfrauenmentalität oder den imperialistischen Herrschaftsanspruch der deutschen und ihrer Regierung, und am besten auf alles auf einmal, zurückgeht. So weit hat es die deutsche Politik mit ihrer Sakralisierung der Währungsunion als Emanation der "europäischen Idee" gebracht.

Vielleicht ist ja die Krise um Griechenland und Europa tatsächlich eine, für die es keine Lösung gibt - nicht einmal mehr in Form eines Rückbaus der unseligen Währungsunion. Vielleicht ist das, was wir heute erleben, nichts anderes als die europäische Vorschau auf eine bevorstehende globale Schulden- und Wachstumskrise - von Detroit über Puerto Rico, wo unter der Aufsicht der Vereinigten Staaten gerade "Austerität" durchgesetzt wird, über Brasilien und Russland bis hin zu China mit seinem gigantischen, durch eine tiefe Rezession weiter vergrößerten Schuldenberg. Schulden überall, und möglicherweise längst jenseits des noch verbliebenen, schrumpfenden Wachstumspotentials. Vielleicht ist Griechenland nur einer der immer zahlreicher werdenden Plätze am Rande des Imperiums, wo das Kartenhaus der leeren, in immer neuen "Finanzinnovationen" verbrieften Versprechungen, auf das unser Wohlstand gebaut ist, zusammenzubrechen beginnt?

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-gefangen-in-der-eurozone-a-1042521.html>

Mehr auf SPIEGEL ONLINE:

Reform-Befürworter: Wer Ja sagt, ist raus (07.07.2015)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-aerger-fuer-ja-waehler-beim-referendum-a-1042475.html>

Griechenlandkrise: Die unheilvolle Rolle des IWF (07.07.2015)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-christine-lagarde-steht-vor-den-truemmern-ihrer-politik-a-1042390.html>

Griechenland: Neuer Vorschlag, kaum Veränderungen (07.07.2015)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-neuer-vorschlag-aus-athen-kaum-veraenderungen-a-1042490.html>

Griechenlandkrise: Schäubles harter Kurs treibt der Union Wähler zu (07.07.2015)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-und-csu-wolfgang-schaeubles-harter-kurs-steigert-die-waehlergunst-a-1042439.html>

Griechenland nach dem Referendum: Tsipras probiert den Neustart (07.07.2015)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-alexis-tsipras-macht-ploetzlich-auf-staatsmann-a-1042374.html>

Griechenland vor dem Eurogipfel: Vier Wege, wie es weitergehen kann (06.07.2015)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-vor-dem-euro-gipfel-wie-es-jetzt-weitergeht-a-1042328.html>

Sieg für die Neinsager: Griechenland wählt eine ungewisse Zukunft (05.07.2015)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-referendum-ungewisse-zukunft-a-1042193.html>

© SPIEGEL ONLINE 2015

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH